Interpellation GRÜNE-Fraktion vom 28. November 2023

Armutsbekämpfung: Vorschläge und Lösungen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 16. Januar 2024

Die GRÜNE-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 28. November 2023 nach Massnahmen zur Armutsbekämpfung im Kanton St.Gallen im Zusammenhang mit der Teuerung bzw. allgemein steigender Kosten.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Jahre 2022 und 2023 waren in der Schweiz wie auch im Ausland von hohen Teuerungsraten geprägt. So stieg der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) im Vergleich zum Vorjahr teilweise um mehr als drei Prozent an.¹ Die aktuelle Entwicklung der Teuerung sowie die Prognosen für das Jahr 2024 sind derzeit schwierig zu interpretieren. Gemäss LIK sank die Teuerung im November 2023 im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozent.² Generell ist die Tendenz des LIK seit einigen Monaten eher sinkend. Für das Jahr 2024 gehen die Prognosen des Bundes von einem Anstieg der Teuerung aus, auch wenn diese unter den Zahlen von 2023 liegen dürfte. So wurde im September 2023 für das Jahr 2024 eine Teuerung von 1,9 Prozent prognostiziert (im Vergleich zu 2,2 Prozent für das gesamte Jahr 2023). Gründe für den Wiederanstieg sind höhere Mieten sowie ein Anstieg bei der Mehrwertsteuer und bei den Strompreisen.

Wie von der Interpellantin erwähnt, bildet der LIK die gestiegenen Krankenkassenprämien nicht ab.³ Diese Entwicklung bzw. deren Auswirkung auf die Haushalte in der Schweiz zeigt der Krankenversicherungsprämien-Index des Bundesamtes für Statistik (BFS). Gemäss diesem Index dämpfte das Prämienwachstum die Entwicklung der verfügbaren Einkommen zwischen dem Jahr 2022 und 2023 um 0,4 Prozent.⁴ Die künftige Entwicklung ist schwierig einzuschätzen.

Bereits geringe Kostensteigerungen können bei Sozialhilfebeziehenden und anderen Personen mit knappen Ressourcen zu finanziellen Herausforderungen führen. Wie in der Antwort zur Interpellation 51.23.67 «Werden im Kanton St.Gallen die Empfehlungen der SKOS betreffend die steigenden Mietkosten umgesetzt?» erwähnt, hat die Regierung den Handlungsbedarf erkannt, gerade im Bereich von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Familien. Im Bericht 40.23.05 «Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen», der dem Kantonsrat im Oktober 2023 zugeleitet wurde, werden mögliche Handlungsfelder aufgezeigt. In einem nächsten Schritt soll unter Einbezug der Gemeinden und weiterer Anspruchsgruppen eine Familienstrategie erarbeitet werden, die entsprechende Massnahmen bündelt und dabei auch den Aspekt der sozialen Sicherung abdeckt.

¹ Die Schweizerische Nationalbank definiert Preisstabilität als einen Anstieg des LIK von weniger als 2 Prozent je Jahr.

² Vgl. Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes vom 20. September 2023, abrufbar unter www.seco.admin.ch → Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik → Wirtschaftslage → Konjunkturprognosen.

³ Krankenversicherungsprämien sind Versicherungskosten und dienen der Finanzierung eines (potenziellen) zukünftigen Konsums. Daher gehören sie nicht zum privaten Konsum im eigentlichen Sinn. Zudem sind Prämien nicht mit Preisen gleichzusetzen, da sie auch eine Mengenentwicklung enthalten (z.B. vermehrte Arztbesuche). Vgl. dazu etwa FAQ des BFS zum LIK, abrufbar unter www.bfs.admin.ch → Statistiken finden → Preise → Landesindex der Konsumentenpreise → LIK-FAQ.

⁴ Vgl. Medienmitteilung des BFS vom 21. November 2023, abrufbar unter www.bfs.admin.ch → Statistiken finden → Preise → Krankenversicherungsprämien.

Zu den einzelnen Fragen:

- 1./2. Die Weiterentwicklung des Systems der Sozialhilfe, z.B. Anpassungen bei den Rückzahlungsmodalitäten oder die gezielte Aus- und Weiterbildungsunterstützung, ist explizit als Handlungsfeld im Bericht 40.23.05 «Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen» aufgeführt. Bei der Erarbeitung der Familienstrategie wird daher in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die im Kanton St.Gallen für die Sozialhilfe zuständig sind, geprüft, welche Massnahmen in diesem Handlungsfeld angezeigt sind.

Zudem kann im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung der Strategie auch geprüft werden, wie die bereits bestehende kantonale Statistik zur wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte entsprechend verstetigt und weiterentwickelt werden kann. Damit soll der im Wortlaut der Interpellation erwähnte Monitoring-Aspekt im Kanton besser abgedeckt werden, beispielsweise durch die Erarbeitung von standardisierten Indikatoren und komplementär zum bereits bestehenden Monitoring im Bereich Sozialhilfeempfängerstatistik.⁵

3. Die Ermöglichung eines freiwilligen monatlichen Direktabzugs der Steuern vom Lohn wurde auf Bundesebene bereits verschiedentlich in Vorstössen gefordert, bis anhin aber ohne Erfolg.⁶ Aktuell hängig ist die Mitte 2022 eingereichte parlamentarische Initiative Amos 22.439 «Freiwilliger Direktabzug der Einkommenssteuer vom Lohn». Der Nationalrat hat dieser Motion im März 2023 Folge gegeben. Nun ist es an der zuständigen Kommission des Ständerates, über diese zu befinden. In den Stellungnahmen des Bundesrates zu den Vorstössen sind Vor- und Nachteile einer solchen Praxisänderung aufgezeigt, die im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben werden.

Neben des in der Interpellation aufgeführten Vorteils der geringeren Gefahr einer Verschuldung besteht mit der Quellensteuer bereits heute für gewisse Personen ein direkter Abzug vom Einkommen, womit das System also grundsätzlich bekannt ist. Dieses ist beschränkt auf ausländische Arbeitnehmende ohne Niederlassungsbewilligung, aber mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz sowie Arbeitnehmende mit steuerrechtlichem Wohnsitz im Ausland, die einem Erwerb in der Schweiz nachgehen. Die Ausdehnung dieses Systems auf alle Einkommen würde zu einer Verkomplizierung führen. Davon betroffen wären vor allem die Arbeitgebenden. Diese würden mit zusätzlichen hoheitlichen Aufgaben belastet und ihr administrativer Mehraufwand wäre beträchtlich, da sie grundsätzlich für die Tilgung der Steuerschuld zuständig wären. Gleichzeitig wäre es weiterhin erforderlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre Steuererklärung einreicht und eine ordnungsgemässe Veranlagung sowie das Inkasso durchgeführt werden. Die im Vorstoss aufgeführte freiwillige Möglichkeit für einen direkten Lohnabzug würde das System zusätzlich verkomplizieren, da aufgrund der Wahlmöglichkeit parallele Systeme geschaffen werden bzw. die heute bestehenden Parallelsysteme aufrechterhalten werden müssten.

Ohnehin müsste ein entsprechendes System zunächst auf Bundesebene aufgelegt werden (wie erwähnt ist ein entsprechender Vorstoss hängig); erforderlich wären Änderungen in der Bundesgesetzgebung zum Steuerrecht. Im Übrigen ist zu erwähnen, dass grundsätzlich bereits heute die Möglichkeit besteht, freiwillig entsprechende Vorauszahlungen (im laufenden Steuerjahr) zu machen.

⁵ Vgl. www.statistik.sg.ch → Berichte → Statistik aktuell → Themenbereich Soziale Sicherheit.

⁶ Vgl. etwa Anfrage Berberat 05.1126; Postulat Zisyadis 05.3330, abgeschlossen; Postulat Kiener Nellen 07.3867, abgelehnt; Standesinitiative Neuenburg 08.325, keine Folge gegeben; Postulat Hiltbold 10.3445, abgelehnt; Motion Kiener Nellen 13.3631, abgeschlossen; Motion Grossen Jürg 13.3800, abgelehnt; Motion Kiener Nellen 14.3967, zurückgezogen; Motion Siegenthaler 18.3902, abgeschlossen.